Kapitel 5: Zusammen leben



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz 11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Wolfgang Ehrenlechner (KV Berchtesgadener Land)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 436 bis 443:

Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind vielfältig, Millionen Menschen stärken damit den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir wollen den Bundesfreiwilligendienst auf 200.000 Plätze im Jahr erweitern und machen uns für eine rechtliche Garantie für einen Platz stark. Die Freiwilligendienste sollen besser ausfinanziert werden, damit sich junge Menschen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Auch für Ältere und Menschen mit Behinderungen sollen die Rahmenbedingungen attraktiver und inklusiver werden. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine Engagementkarte für Vergünstigungen einführen, beispielsweise für Schwimmbäder oder Theater, und erkennen die Leistung der vielen Engagierten mehr an. Wir wollen die zivilgesellschaftlich getragenen Freiwilligendienste (Freiwilliges soziales Jahr, Freiwilliges ökologisches Jahr) und den Bundesfreiwilligendienst zu gleichen Teilen auf 200.000 Plätze jährlich ausbauen. Um gesellschaftliches Engagement in den Freiwilligendiensten anzuerkennen und zu ermöglichen, möchten wir die Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste attraktiver gestalten. Dazu gehört eine bessere Ausfinanzierung der Freiwilligendienste, damit sich junge Menschen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern engagieren können. Ebenso wollen wir die Freiwilligendienste mit dem Ziel der Inklusion zugangsoffen ausgestaltet werden. Wir machen uns für eine rechtliche Garantie für einen Platz stark, um allen Interessierten einen Freiwilligendienst zu ermöglichen. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine Engagementkarte für Vergünstigungen einführen, beispielsweise für Schwimmbäder oder Theater. Außerdem möchten wir die kostenlose Nutzung des ÖPNV sowie der Züge im Fernverkehr umsetzen und damit das gesellschaftliche und ökologische Engagement der Freiwilligen anerkennen und wertschätzen.

Begründung

Für uns Grüne muss es von besonderem Interesse sein, die zivilgesellschaftlich getragenen Freiwilligendienste ebenso zu stärken und auszubauen, wie den Bundesfreiwilligendienst. Um den Zugang zu den Freiwilligendiensten für junge Menschen aus einkommensschwachen Familien zu erleichtern, gilt es nicht nur die Ausfinanzierung der Freiwilligendienste zu verbessern, sondern konkret bessere Rahmenbedinungen zu schaffen. Die kostenlose Nutzung des ÖPNV und der Züge im Fernverkehr sind deshalb ein wichtiger Schritt zur Verbesserung dieser Rahmenbedingungen und zur Anerkennung und Wertschätzung des freiwilligen Engagements.

weitere Antragsteller*innen

Britta Boye (KV Traunstein); Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Martina (Mina) Himmelstoß (KV Traunstein); Marius Schlageter (KV Ludwigshafen-Stadt); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Rudi Lutter (KV München); Thomas Putschbach (KV Traunstein); Elke Neubauer (KV Traunstein); Manuel Mühlbauer

(KV Fürth-Land); Martin Pilgram (KV Starnberg); Matthias Lutz (KV Berchtesgadener Land); Walter Wimmer (KV Traunstein); Maria Krieger (KV Kelheim); Simon Tradler (KV Berchtesgadener Land); Matthias Spiegelsperger (KV Berchtesgadener Land); Barbara Reichart (KV München); Anna Sophia Körner (KV Traunstein); Peter Beisser (KV Traunstein); Michael Fischer (KV Berchtesgadener Land); Regina Reiter (KV Traunstein); Karin Kleinert (KV Berchtesgadener Land); Reinhard Schwenk (KV Deggendorf); Gudrun Lux (KV München); Martin Zillner (KV Traunstein); Elisabeth Hagenauer (KV Berchtesgadener Land); Joachim Schneider (KV Miltenberg); Rainer Eberlein-Käufl (KV Berchtesgadener Land)